

Klinikverbund Hessen e.V. | Forsthausstraße 1-3 | 35578 Wetzlar

**Clemens Maurer**  
**Vorsitzender des Vorstands**

**Reinhard Schaffert**  
**Geschäftsführer**

**Geschäftsstelle**

Forsthausstraße 1-3  
35578 Wetzlar

Telefon: +49 6441 897 43 41  
gf@klinikverbund-hessen.de  
www.klinikverbund-hessen.de

Wetzlar, 11. März 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Klinikverbund Hessen e. V. haben sich die hessischen Krankenhäuser in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sowie die hessischen Spitzenverbände der Trägerorganisationen (Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund) zusammengeschlossen. Die Kliniken des Klinikverbunds Hessen e. V. erbringen eine wohnortnahe qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ebenso wie Spitzenmedizin in klinischen Zentren für über 50% der Patientinnen und Patienten in Hessen. Die öffentlich getragenen Kliniken sind zudem einer der bedeutendsten Arbeitgeber und Ausbildungsträger in Hessen und insbesondere in ländlichen Regionen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie sichern die wohnortnahe Gesundheitsversorgung und damit die Lebensqualität in ihrer Region.

Der Klinikverbund Hessen e. V. vertritt die Interessen der öffentlich-rechtlich getragenen Krankenhäuser im Sinne einer an der Daseinsvorsorge der Menschen in Hessen ausgerichteten Gesundheitspolitik gegenüber Öffentlichkeit und Politik.

Aufgrund der bevorstehenden Bundestagswahl, für die sich Ihre Partei auch in Hessen zur Wahl stellt, haben wir zur Unterstützung der Meinungsbildung der Verantwortlichen, der Beschäftigten sowie der Patientinnen und Patienten unserer Mitgliedskrankenhäuser einige Fragen zu Ihrem gesundheitspolitischen Programm zusammengestellt und bitten um Beantwortung auf der Grundlage ihres Partei- und Wahlprogramms. Bitte senden Sie uns das ausgefüllte Formular **bis zum 30.06.2021** unter dem Betreff „Wahlprüfsteine“ an gf@klinikverbund-hessen.de zurück. Die bis zu diesem Termin eingegangenen Antworten werden wir auf unserer Internetseite veröffentlichen.

Im Voraus herzlichen Dank für Ihre Antworten.

Mit freundlichen Grüßen



---

Clemens Maurer

Vorstandsvorsitzender



---

Reinhard Schaffert

Geschäftsführer

## Angaben zur Partei

Partei:

Kurzform:

### Kontaktperson (wird nicht veröffentlicht)

Name:

E-Mail-Adresse:

Funktion:

### Internetadressen

Homepage (Partei):

Parteiprogramm:

Wahlprogramm:  
(Bundestagswahl 2021)

Sonstige Internetadressen:

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen so, wie die Vertreter Ihrer Partei sie tatsächlich im Falle einer Regierungsbeteiligung umsetzen oder als Opposition vertreten wollen. Wenn möglich belegen sie dies bitte durch Aussagen oder Zitate Ihres Partei- und/oder Wahlprogrammes.

## Gesundheitsversorgung allgemein

### Wie bewerten Sie die aktuelle Gesundheitsversorgung in Deutschland?

sehr schlecht

sehr gut

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Begründung/Erläuterung:



**Wie stellen Sie sich die Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung langfristig vor (Zielvorstellung)?**

**Welche konkreten (bundes-)politischen Maßnahmen sind dazu aus Ihrer Sicht erforderlich bzw. wollen Sie dafür umsetzen?**

## **Sektoren**

**Wie stehen Sie zu der derzeitigen Trennung der Versorgungsstrukturen in ambulanten und stationären Sektor? Was wollen Sie diesbezüglich ggf. ändern?**

**Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Übergänge zwischen den Sektoren zu erleichtern bzw. die Sektoren aufzulösen?**



Eine Reihe von Behandlungen sind weder dem ambulanten, noch dem stationären Sektor eindeutig zuzuordnen, z.B. weil sie eine aufwändige Diagnostik, Kurzzeittherapie oder eine Überwachung, jedoch keinen längerfristigen stationären Aufenthalt erfordern. Die Regelungen zur ambulanten spezialärztlichen Versorgung decken diese Behandlungen nicht vollständig ab und werden zudem als bürokratisch empfunden.

**Welche Maßnahmen halten Sie in diesem Bereich ggf. für erforderlich?**

## **Ambulante Versorgung**

**Wo sehen Sie die Herausforderungen in der Sicherstellung der ambulanten Versorgung und welche politischen Maßnahmen halten Sie in diesem Bereich für erforderlich?**

**In welcher Rolle sehen Sie die Krankenhäuser zukünftig in Bezug auf die ambulante Versorgung und sehen Sie hier Änderungsbedarf (z.B. zusätzliche Aufgaben/Möglichkeiten)?**



## Stationäre Versorgung

Sind Sie dafür, in der kommenden Legislaturperiode politische Maßnahmen zu ergreifen, um stationäre Versorgung abzubauen? In welchem Umfang?

Ja, deutlich	Ja, selektiv	Nein
--------------	--------------	------

Erläuterung und Begründung:

Welche konkreten (bundes-)politischen Maßnahmen sind dazu aus Ihrer Sicht erforderlich bzw. wollen Sie dafür umsetzen?

Erläutern sie bitte,

- ob und ggf. in welchem Umfang Sie ambulantes Potenzial bei den aktuell stationär durchgeführten Behandlungen sehen,
- in welchen vorhandenen oder noch zu schaffenden Strukturen die entsprechende Behandlung tatsächlich ambulant stattfinden kann und
- welche politischen Maßnahmen Sie dafür als notwendig erachten:



## **Notfallversorgung**

Eine geplante „große“ Reform der Notfallversorgung wurde in der laufenden Legislaturperiode nicht umgesetzt.

**Sehen Sie in der kommenden Legislaturperiode einen Bedarf für weitere Reformen der Notfallversorgung? Wenn ja, bitte begründen**

**Welche konkreten (bundes-)politischen Maßnahmen sind dazu aus Ihrer Sicht erforderlich bzw. wollen Sie dafür umsetzen?**

## **Krankenhäuser**

### **Krankenhausstrukturen**

**Welche Rolle innerhalb der Gesundheitsversorgung insgesamt sehen Sie zukünftig für die Krankenhäuser vor?**

**Welche Veränderungen in der Krankenhausstruktur und Krankenhauslandschaft sind Ihrer Meinung nach dafür erforderlich?**



**Wie sehen Sie die Aufgabenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern, Gremien der Selbstverwaltung (GBA, zwei-dreiseitige Verträge) und ggf. weiteren Beteiligten hinsichtlich der Krankenhausplanung und Krankenhausfinanzierung?**

**Wie wollen Sie folgende Maßnahmen ggf. umsetzen und welche Kriterien legen sie dafür zugrunde,**

- **dass im Falle bzw. Bereichen von eventueller Krankenhaus-Übersorgung diese abgebaut wird?**
  
- **dass eine flächendeckende Versorgung sichergestellt bzw. eine eventuelle Unterversorgung verhindert wird?**

**Welche Vor- und ggf. Nachteile sehen Sie in der Trägervielfalt und den unterschiedlichen Trägergruppen der Krankenhausversorgung (öffentlich, frei-gemeinnützig, privat)?**

**Wie unterscheiden sich aus Ihrer Sicht Krankenhäuser in öffentlicher/kommunaler Trägerschaft von anderen Trägern, z. B. hinsichtlich Aufgaben, Strukturen, Finanzierung?**



## Krankenhausfinanzierung

Wie stellen Sie sich eine zukünftige Krankenhausfinanzierung vor?

- Welche der folgenden Elemente/Module sollten gesondert (z. B. eigenes Budget oder Zuschlag) finanziert werden, durch wen? (Jeweilige Aussage bitte im nachfolgenden Punkt näher erläutern)

Modul	Finanzierung	Kostenträger
<b>Investitionen</b>	<input type="radio"/> Ja, wie bisher <input type="radio"/> Ja, Änderungen erforderlich (z.B. Beteiligung Bund) <input type="radio"/> Keine eigene Finanzierung (z. B. Monistik)	<input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Land <input type="checkbox"/> Kasse/Versicherung <input type="checkbox"/> Sonstige
<b>Leistungsorientierte Vergütung</b> (fallbezogene)	<input type="radio"/> Ja, wie bisher (DRG/PEPP) <input type="radio"/> Ja, Änderungen erforderlich <input type="radio"/> Grundlegende Änderungen erforderlich (z.B. Abschaffung DRG/PEPP)	<input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Land <input type="checkbox"/> Kasse/Versicherung <input type="checkbox"/> Sonstige
<b>Vorhaltekosten</b>	<input type="radio"/> Ja, für alle Krankenhäuser <input type="radio"/> Ja, für bestimmte Krankenhäuser <input type="radio"/> Keine eigene Finanzierung	<input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Land <input type="checkbox"/> Kasse/Versicherung <input type="checkbox"/> Sonstige
<b>Personal</b> (z. B. Pflegebudget)	<input type="radio"/> Ja, wie aktuell über Pflegebudget <input type="radio"/> Ja, Änderungen erforderlich <input type="radio"/> Keine eigene Finanzierung (z.B. Reintegration des Pflegebudgets in die DRGs)	<input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Land <input type="checkbox"/> Kasse/Versicherung <input type="checkbox"/> Sonstige
<b>Ausbildung</b> (Gesundheitsberufe)	<input type="radio"/> Ja, wie bisher <input type="radio"/> Ja, Änderungen erforderlich <input type="radio"/> Keine eigene Finanzierung	<input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Land <input type="checkbox"/> Kasse/Versicherung <input type="checkbox"/> Sonstige
<b>Ärztliche Aus- und Weiterbildung</b>	<input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Keine eigene Finanzierung	<input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Land <input type="checkbox"/> Kasse/Versicherung <input type="checkbox"/> Sonstige
<b>Zentren und besondere Aufgaben</b>	<input type="radio"/> Ja, wie bisher (G-BA-Kriterien) <input type="radio"/> Ja, Änderungen erforderlich <input type="radio"/> Keine eigene Finanzierung	<input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Land <input type="checkbox"/> Kasse/Versicherung <input type="checkbox"/> Sonstige
<b>Förderung besonderer Ziele</b>	<input type="radio"/> Ja, wie bisher (z.B. Neuauflage Struktur-/Zukunftsfonds) <input type="radio"/> Ja, in geänderter Form <input type="radio"/> Keine eigene Finanzierung	<input type="checkbox"/> Bund <input type="checkbox"/> Land <input type="checkbox"/> Kasse/Versicherung <input type="checkbox"/> Sonstige





- **Erläutern Sie bitte ihre Finanzierungspläne und welche konkreten (bundes-)politischen Maßnahmen dazu aus Ihrer Sicht erforderlich sind?**

**Bitte bewerten Sie die folgende Aussage zur Investitionsfinanzierung:**

*Eines der wesentlichen und bisher ungelösten Probleme der Krankenhausfinanzierung ist die seit Jahren bestehende Unterfinanzierung der notwendigen Investition durch die Länder. Um die Investitionen dennoch zu ermöglichen, ist es für die Krankenhäuser erforderlich, zusätzliche Mittel in für Investitionen in anderen Bereichen zu generieren (z. B. durch Kostenreduktion und Personaleinsparungen). Bisherige politische Maßnahmen wirken der Verwendung von Beitragsmitteln aus den Behandlungserlösen unter anderem durch Zweckbindung der Mittel (z.B. Pflegebudget) entgegen, was den Spielraum für die Krankenhäuser einengt, ohne das Grundproblem der Investitionsfinanzierung anzugehen.*

**Stimmen Sie dieser Aussage zu?**

**Wenn ja, welche konkreten (bundes-)politischen Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht zur Lösung dieser Problematik erforderlich bzw. wollen Sie dafür umsetzen?**

## **Personal**

Unabhängig von der Bewertung der in den letzten Legislaturperioden vorgenommenen Maßnahmen bezüglich der Fachkräfte und insbesondere des Pflegepersonals (Ausbildungsreformen, Pflegebudget, Konzertierte Aktion Pflege usw.) hat die Pandemie und die damit verbundene Belastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern mögliche positive Effekte offensichtlich zunichte gemacht. Viele Mitarbeitende – vor allem aus dem Pflegebereich, aber auch in anderen therapeutischen Berufen – benötigen dringend eine Entlastung oder wollen den Krankenhausbereich verlassen.

**Welche konkreten (bundes-)politischen Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht erforderlich bzw. wollen Sie umsetzen, um Fachkräfte und insbesondere Pflegepersonal für die Arbeit im Krankenhaus zu motivieren?**



Das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PPSG) sollte durch die Ausgliederung und vollständige Refinanzierung der Kosten für die Pflege am Bett zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pflege führen. In der Praxis zeigen sich erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung vor Ort, so dass beispielsweise in Hessen aktuell nur wenige Budgetverhandlungen des Jahres 2020 abgeschlossen werden konnten.

**Halten Sie Klarstellungen des Gesetzgebers hinsichtlich der vom PPSG erfassten Pflegekosten oder der Verhandlungsgrundlagen für erforderlich, um die Umsetzung vor Ort zu beschleunigen? Wenn ja, welche?**

Die Verhandlungen über das Pflegebudget ist allerdings nur einer der Aspekte, die zu Verzögerungen der Budgetverhandlungen führen, so dass bereits vor Inkrafttreten des PPSG die Budgetverhandlungen regelhaft nicht prospektiv erfolgten. Die Komplexität des rechtlichen Rahmens sowie die Zunahme der geforderten Nachweise kompliziert und verzögert die Verhandlungen. Abgesehen von der durch den Aufwand verursachten Kosten und Personalbindung, führt dies auch zu einer erheblichen finanziellen Planungsunsicherheit für die Krankenhäuser.

**Halten sie Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Budgetverhandlungen oder eine grundsätzliche Änderung der Verhandlungsgrundlagen für erforderlich, um den Verhandlungsaufwand zu vermindern und den Zeitablauf zu beschleunigen?**





**Beschreiben Sie bitte, ob und ggf. mit welchen konkreten Maßnahmen Sie den bürokratischen und administrativen Aufwand in der Krankenhausversorgung vermindern wollen:**

### **Krankenhäuser als Wirtschaftsfaktor**

**Welche wirtschaftliche Bedeutung haben Krankenhäuser Ihrer Meinung nach im Hinblick auf ihren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt, als Arbeitgeber und Ausbildungsstätte und in ländlichen Regionen auch in Bezug auf gleichwertige Lebensverhältnisse und die Daseinsvorsorge?**

**Welche (bundes-)politischen Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht erforderlich bzw. wollen Sie umsetzen, um die wirtschaftliche Bedeutung der Krankenhäuser für ihre Region zu erhalten und zu stärken?**

